

Schriftliche Anfrage betreffend Auswirkungen der Coronakrise auf neue und bestehende Lehrverträge 20.5148.01

Nebst dem, dass die Coronakrise die Wirtschaft auch in Basel-Stadt hart trifft, wird sie auch Auswirkungen auf die Berufsausbildung haben. Obwohl der Kanton wie auch der Bund etliche Wirtschaftszweige finanziell unterstützen, werden Konkurse nicht zu vermeiden sein. Die Wahrscheinlichkeit, dass auch Firmen, die Lehrlinge ausbilden oder ausbilden möchten, Konkurs anmelden und entsprechend die Lehrverträge auflösen müssen, ist gross. Sofort eine neue Lehrstelle zu finden, wird für viele Jugendliche unmöglich sein. Damit junge Menschen, die noch keinen Berufsabschluss haben nicht plötzlich vor dem Nichts stehen, braucht der Kanton Alternativen und ein Notfallszenario.

1. Wie viele Lehrverträge wurden für das Schuljahr 20/21 neu abgeschlossen?
2. Wie viele Verträge mit Lernenden, die nach den Sommerferien ins zweite, dritte oder vierte Lehrjahr eintreten, gibt es?
3. Hat oder verschafft sich der Regierungsrat einen Überblick über Firmen, die Möglicherweise Konkurs anmelden müssen und Lehrlinge beschäftigen?
4. Das Zentrum für Brückenangebote ZBA bietet Jugendlichen eine schulische Überbrückung, bis diese eine Lehre absolvieren können. Hat das ZBA die Möglichkeit, auf nächstes Schuljahr die Plätze so weit zu erhöhen, dass alle Jugendlichen, die jetzt allenfalls keine Lehrstelle finden, ein Überbrückungsjahr absolvieren können?
5. Hat das ZBA die Möglichkeit, den Lehrplan so anzupassen, dass auch schulisch sehr starke Jugendliche ein Überbrückungsjahr absolvieren können, sodass sie sich während der Lehrstellensuche schulisch weiterentwickeln können?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat für Jugendliche, die bereits ein Jahr am ZBA absolviert haben und nun coronabedingt auf nächstes Schuljahr keine Lehrstelle finden oder deren Lehrvertrag aufgelöst werden musste, vor?
7. Welche Möglichkeiten gibt es für Jugendliche aus weiterführenden Schulen, die in eine Berufslehre wechseln und deren Lehrvertrag aufgelöst werden musste?
8. Wie sieht die Zusammenarbeit des Kantons mit den Wirtschaftsverbänden wie Handelskammer oder Gewerbeverband aus, um Jugendliche in solch schwierigen Situationen gemeinsam zu unterstützen? Kann sich der Regierungsrat dazu eine Task Force vorstellen?
9. Wie sieht die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen in Bezug auf die beschriebene Problematik aus?
10. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat sonst noch vor, um junge Menschen, die wegen der Coronakrise vor einem möglichen Ausbildungsabbruch stehen, zu unterstützen?
11. Welche Informationswege sieht der Regierungsrat, um betroffene Jugendliche und ihre Familien auf die Unterstützungsangebote und möglichen Alternativen aufmerksam zu machen?

Franziska Roth